



Friedhelm Hengsbach SJ

Der „Geist von Bratislava“ - Hat die EU ihre Selbstkontrolle verloren?

In: Aachener Nachrichten, 21. September 2016, 2.

Bei strahlendem Sonnenschein und nach einer stimmigen Bootsfahrt auf der blauen Donau fiel es Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsidenten Hollande leicht, den „Geist von Bratislava“, ein „gutes Stück Europa“ den starken „Willen zur Zusammenarbeit“, den sie gespürt hätten, zu deklamieren.

Wie fassbar ist dieser Geist, nachdem Ratspräsident Tusk eine „Agenda“ forderte, der Gastgeber Fico von einem „Prozess“ sprach, der italienische Ministerpräsident Renzi sich einem Trio-Spektakel verweigerte? Zwei Deutungen bieten sich an: Visionen und Grundsatzdebatten sind zu vermeiden, stattdessen konkrete Projekte zu vereinbaren, die konsensfähig sind. Oder: wir äußern uns spontan über alles, was uns umtreibt, um dann zu sehen, wie sich die Ideen entwickeln.

Allein erkennbare Taten, meinte Angela Merkel, nicht große Erzählungen würden die Völker Europas überzeugen, dass die politischen Eliten die Krise der EU im Griff haben. So klingt es verständlich, dass die Regierenden den glänzenden Schein des Optimismus verbreitet haben. Wenn aber die Bevölkerung dies als Pfeifen im Wald

durchschaut? Welche Wählerin, welchen Wähler hätten die genannten Taten denn bewegen sollen - die EU-Außengrenzen sichern, den Terrorismus bekämpfen, den Binnenmarkt digitalisieren? Ist damit etwa die Abwehr Geflüchteter, militärische Aufrüstung, technische Rivalität gemeint? Dies wäre weder ein Wendepunkt der EU noch jener Ruck, der durch Europa gehen soll, um die Glaubwürdigkeit der politischen Klasse zurück zu gewinnen.

Wie wurden die Baustellen der EU und ihrer existentiellen Krise benannt, bevor die Briten ihr Referendum abhielten? Arbeitslose Jugendliche und niedriges Wachstum in den Südstaaten, schwelende Finanzkrise, Asylrecht und Migration, Kriege im Nahen Osten und Terrorgefahr in Europa, der Konflikt zwischen Brüssel/Straßburg und den nationalen Regierungen.

Und welche Widersprüche haben sich an ihnen entzündet, die in Bratislava überhört wurden? Kleine Länder fühlen sich durch die hegemonialen Ansprüche der größeren Länder bevormundet. Die regionalen Ungleichgewichte zwischen den Nord-, Ost- und Südstaaten spitzen sich zu. Die Gruppe leistungsfähiger Staaten pocht darauf, die vereinbarten Regeln zu beachten und am Austeritätsregime festzuhalten. Dagegen drängen die Mittelmeerländer wie Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta und Zypern auf öffentliche Initiativen, um Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen. Die Gruppe der Visegrád-Staaten akzeptiert nicht die ihnen von der Kommission zugeteilten Quoten der Geflüchteten. Die Dublin III-Verordnung, die Deutschland zum eigenen Vorteil durchgesetzt hat, wird von Griechenland, Malta Italien und den Balkanländern, die eine EU-Außengrenze haben, zur Recht abgelehnt.

Das Grundübel der EU ist ein Demokratiedefizit. Dieses Ärgernis wurzelt im institutionellen Chaos und in den verknoteten Kompetenzen der Kommission, des Parlaments und des Ministerrats, denen der Europäische Rat aufgefropft wurde. Die primäre Gesetzgebungsmacht sollte beim Parlament liegen. Der Kommission sollte die Rolle einer Art Exekutive zugewiesen werden. Zudem bräuchte es eine Länderkammer, deren Stimmen degressiv proportional verteilt sind. Nur so lässt sich eine ausgewogene Balance zwischen der EU als solidarischer Gemeinschaft und den Eigeninteressen der Mitgliedsländer gewinnen. Dass EU-Parlamentspräsident Schulz in Bratislava ausgesperrt wurde, belegt die Verblendung der Mitglieder des hohen Gipfels.

„Ich kann das träumerische Gerede über eine Änderung der Verträge und Institutionen nicht mehr hören“, erklärte der niederländische Ministerpräsident und stimmt vermutlich Frau Merkels Widerruf ihrer berühmten drei Worte zu,

die nie etwas anderes waren als eine Leerformel. Aber eine laufende Reihe von Trippelschritten kann im Sumpf enden, wenn der Blick nach vorn und in die Weite verweigert wird.